

# Die Dimensionen der Elektronischen Demokratie

Robert Krimmer

Institut für Informationsverarbeitung, Abteilung Produktionsmanagement  
Wirtschaftsuniversität Wien  
Pappenheimgasse 35/5, A-1200 Wien  
robert.krimmer@wu-wien.ac.at

**Schlagworte:** Elektronische Demokratie, e-Participation, e-Voting, Dimensionen

**Abstract:** In diesem Beitrag wird untersucht, welche Kriterien für die Bewertung einer elektronischen Demokratie in Betracht gezogen werden müssen. Nach der Einteilung der E-Demokratie in deren zwei Zielrichtungen, E-Participation und E-Voting, wird anhand von drei bestehenden Untersuchungen aus Großbritannien, den Niederlanden und der Schweiz ein zweischichtiges Modell mit vier Dimensionen vorgestellt.

## 1. Einleitung

Seit dem großen Internetboom Ende der 90er Jahre wird bereits intensiv über die Möglichkeit zum Einsatz von Informationstechnologie im Bereich der öffentlichen Verwaltung nachgedacht. Dass allerdings Konzepte aus der Privatwirtschaft („E-Business“) nicht eins-zu-eins in die Welt der öffentlichen Wirtschaft übertragen werden können, wurde schnell klar. So bekam die Wissenschaft der Verwaltungsinformatik mit dem neuen modischen Namen „e-Government“ eine rasante Frischzellenkur.

Dem Ansatz von Scholl<sup>1</sup> folgend ist e-Government „the use of information technology to support government operations, engage citizens, and provide government services“ und beinhaltet sowohl die Bereiche der elektronischen Verwaltung wie auch der elektronischen Bürgerbeteiligung. Diese Unterscheidung findet sich auch in der Speyerer Definition von e-Government<sup>2</sup>, wo in den Bereich des e-Workflow (also der Verwaltung) und der e-Democracy (Bürgerbeteiligung) unterschieden wird.

Unter e-Democracy kann nach Reiner mann und von Lucke die elektronische Abbildung von demokratischen Prozessen verstanden werden. Die-

---

<sup>1</sup> Scholl, J., E-government: A Special Case of ICT-enabled Business Process Change (2003), 36th Hawaiian Conference of System Sciences (HICSS36).

<sup>2</sup> Lucke, J. von/Reiner mann, H., Speyerer Definition von Electronic Government (2004), Online-Publikation unter <http://foev.dhv-speyer.de/ruvij>, abgerufen am 28. 4. 2004.

ser demokratische Prozess kann in drei aufeinander folgende Schritte aufgeteilt werden: (i) Informationsbeschaffung, (ii) Meinungsbildung und (iii) Entscheidung<sup>3</sup>. Aus diesen drei Schritten lassen sich nun zwei Zielrichtungen der elektronischen Demokratie bilden: der Bereich der e-Participation (bestehend aus den Phasen i und ii) sowie der Bereich des e-Voting (iii).

Nach Meinung *Aströms*<sup>4</sup> wird die Einführung der e-Democracy zu einer Ausbildung von einem von drei Szenarien führen:

1. *Thin Democracy*: Der Wähler wählt seine Repräsentanten und bekommt von diesen konstante Informationen.
2. *Strong Democracy*: In diesem Modell gibt der Bürger ständig Feedback zu verschiedenen Optionen an die Politiker weiter und es herrscht eine konstante Interaktion zwischen dem Bürger und dem Politiker.
3. *Quick Democracy*: In einer solchen Demokratie ist der Politiker nur mehr Handlanger des Bürgers, denn jede Entscheidung wird vom Bürger gefällt. Die Wähler entscheiden über alles und jeden.

## 2. E-Democracy Systeme

Um ein solches System letztendlich umsetzen zu können, benötigt man die entsprechenden Tools. Im Bericht an die Europäische Kommission hat die Working Group e-Democracy des EU-Forums<sup>5</sup> eine Kategorisierung von e-Democracy Systemen vorgenommen.

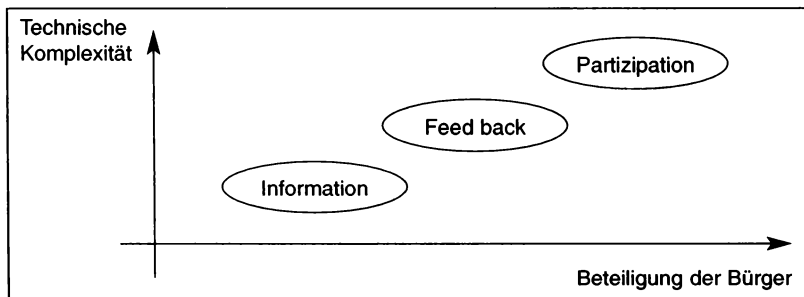


Abbildung 1: e-Democracy Systeme

<sup>3</sup> Parycek, P./Seeböck, W., Elektronische Demokratie: Chancen und Risiken für Gemeinden (2003), in: Prosser, A./Krimmer, R., E-Democracy: Technologie, Recht und Politik, Band 174 in der Schriftenreihe der Österreichischen Computergesellschaft, Wien.

<sup>4</sup> Aström, J., Should Democracy Online be Quick, Strong, or Thin? (2001), Communications of the ACM 44(1).

<sup>5</sup> Macintosh, A., Working Group 4 to the European Commission (2003), <http://www.eu-forum.org/summit/docs/WG4e-democracy-FINAL%20RESULTS.doc>, abgerufen am 5. 3. 2004.

Systeme zur reinen Information des Bürgers bzw zum Feedback des Bürgers an den Mandatar sind in der technischen Realisierung relativ einfach; so können beispielsweise virtuelle Sprechstage oder virtuelle politische Diskussionen mit vorhandenen Technologien rasch verwirklicht werden. Dennoch sind sie als Basis für eine informierte Entscheidung des Bürgers nicht zu unterschätzen.

In Österreich gibt es nur wenige Projekte im Bereich der elektronischen Demokratie, neben der Wahlkabine.at von der Abteilung Politische Bildung des IFF<sup>6</sup> und dem Bürgeranliegen Online von der Stadt Wien<sup>7</sup> gibt es folgende drei Projekte: zwei Projekte im Bereich e-Participation<sup>8</sup> und eines im Bereich e-Voting.

1. *Graz West*<sup>9</sup>: In der Stadt Graz wurde versucht, ein von Marketing und Infrastruktur-Maßnahmen begleitetes Stadtentwicklungsprojekt mittels deliberativem Verfahren über das Internet abzuwickeln. Das Ziel bestand in der Entschärfung einer verkehrstechnisch problematischen Kreuzung.
2. *Klassezukunft.at*<sup>10</sup>: Das Projekt *klassezukunft.at* des Bildungsministeriums hatte zum Ziel, eine Reform des Schulwesens über das Internet zu begleiten. Auf der Website konnte das von einer Kommission erarbeitete Konzept in einer Diskussion bearbeitet werden.
3. *E-Voting.at*<sup>11</sup>: Dies ist ein Forschungsprojekt an der Wirtschaftsuniversität Wien, wo an der Entwicklung eines Prototypen gearbeitet wird, mit dem Wahlen über das Internet unter vollständiger Einhaltung der Wahlrechtsgrundsätze abgehalten werden sollen. In 2003 und 2004 wurden auch zwei erfolgreiche Wahltests durchgeführt.

Im Folgenden soll nun ein Konzept vorgestellt werden, mit dem der Fortschritt der e-Democracy Entwicklung in einem Land bestmöglich dokumentiert und damit vergleichbar gemacht wird.

<sup>6</sup> Filzmaier, P./Beyrl, M., Wahlbörsen in Österreich: Methodik, Design und Dateninterpretation, in: Prosser, A./Krimmer, R., E-Democracy: Technologie, Recht und Politik, Band 174 in der Schriftenreihe der Österreichischen Computergesellschaft, Wien.

<sup>7</sup> Stadt Wien, Bürgeranliegen Online 2003, <http://www.wien.gv.at/service/zbm/>, abgerufen am 15. 3. 2004.

<sup>8</sup> Siehe Piswanger, C.-M., E-Participation bei kommunalen Planungsprozessen: Skizzierung von Rahmenbedingungen, Methoden und Verfahren (2004), Masterthese an der Donauuniversität Krems.

<sup>9</sup> Stadt Graz, Graz West (2003), <http://www.graz.at/stadtfindetstatt/>, abgerufen am 10. 5. 2004.

<sup>10</sup> Bildungsministerium BMBWK, Klassezukunft (2003), <http://www.klassezukunft.at>, abgerufen am 10. 5. 2004.

<sup>11</sup> Prosser, A./Kofler, R./Krimmer, R./Unger, M. K., E-Voting Wahltest zur Bundespräsidentenwahl (2004), Arbeitsbericht des Instituts für Informationsverarbeitung 1/2004, Wirtschaftsuniversität, Wien.

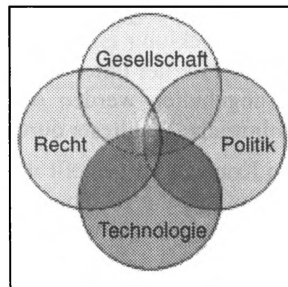
### 3. Das Modell

Nicht zuletzt wegen des kürzlich durch Cap Gemini<sup>12</sup> durchgeführten jährlichen E-Government Benchmark ist die Notwendigkeit gegeben, Informationstechnologielösungen auf einem europäischen Niveau zu vergleichen. Will man dies auch für den Bereich der elektronischen Demokratie machen, so ist hier nur wenig Literatur vorhanden. Ein erster Versuch, die e-Voting Bestrebungen in der Schweiz und Österreich zu vergleichen, identifizierte drei zu untersuchende Gebiete: das sozio-politische Umfeld, die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Voraussetzungen in der technischen Infrastruktur.<sup>13</sup>

Weitere Ansätze, e-Democracy Projekte Länder übergreifend zu untersuchen, finden sich im Bericht der Arbeitsgruppe e-Democracy des EU-Forum<sup>14</sup> unter der Leitung von *Ann Macintosh* vom Center for Teledemocracy (Großbritannien), in der Studie von *Reto Moosmann* und *Petra Baumberger*<sup>15</sup> vom Competence Center e-Government (Schweiz) und in der Feldstudie von *Ronald Leenes* und *Jörgen Svensson*<sup>16</sup> der Universität Twente (Niederlande).

Basierend auf diesen Erfahrungen, lassen sich die für e-Democracy zu berücksichtigenden Dimensionen wie folgt einteilen:

1. Politik
2. Gesellschaft
3. Recht
4. Technologie



*Abbildung 2:  
Dimensionen der  
e-Democracy*

<sup>12</sup> *Cap Gemini Ernst & Young*, Webbasierte Untersuchung des elektronischen Service-Angebots der Öffentlichen Hand (2004), [http://www.at.capgemini.com/servlet/PB/show/1289862/eEurope4\\_DE.pdf](http://www.at.capgemini.com/servlet/PB/show/1289862/eEurope4_DE.pdf), abgerufen am 10. 4. 2004.

<sup>13</sup> *Braun, N./Prosser, A./Krimmer, R.*, Öffentliche Wahlen im Internet: Ein Vergleich zwischen Österreich und der Schweiz (2003), Tagungsband des OCG Forum e-Government beim e-Gov Day 2003, Wien.

<sup>14</sup> Siehe FN 5.

<sup>15</sup> *Moosmann, R./Baumberger, P.*, eVoting-Sicherheitskonzepte – eine vergleichende Studie (2003), in: *Brücher, H.*, E-Government Präsenz 2/2003, Zeitschrift des Institut für Wirtschaft und Verwaltung, Bern.

<sup>16</sup> *Leenes, R./Svensson, J.*, ICT in the voting process – A report on 17 european countries (2003), University of Twente.

Bei der Anwendung dieser Dimensionen muss aber zwischen zwei Ebenen unterschieden werden: In vielen Ländern unterscheiden sich die Bestrebungen zur Entwicklung einer elektronischen Demokratie zwischen Pilotprojekten und nationaler Ebene sehr stark, da zuerst Erfahrungen im kleinen Rahmen gesammelt werden müssen, bevor diese neuen Methoden der e-Democracy für die Gesamtbevölkerung zur Verfügung gestellt werden können. Dies kann in diesem Modell auch entsprechend berücksichtigt werden, indem zwei Ebenen eingeführt werden:

1. Nationale Betrachtungsebene
2. Betrachtungsebene auf Projektbasis

Durch diese Vorgehensweise kann sichergestellt werden, dass einzelne Projekterfahrungen nicht mit dem Entwicklungsfortschritt des Staates vermischt werden.

## 4. Fazit

In Österreich ist die Diskussion rund um eine elektronische Demokratie noch nicht sehr ausgeprägt. Wenngleich auch vereinzelt Aktionen sehr viel versprechend sein mögen<sup>17</sup>, so kann derzeit noch nicht von einem ähnlichen Interesse an der e-Democracy wie am e-Government gesprochen werden. Eine Möglichkeit das Interesse an der e-Democracy zu steigern, wäre die Einführung eines EU-weiten Benchmarks, wofür das besprochene Modell eine hilfreiche Kategorisierung ermöglicht.

---

<sup>17</sup> So hat das Bundesministerium für Inneres die Einrichtung einer interministeriellen Arbeitsgruppe für e-Voting angekündigt, die bis Herbst 2004 diskutieren soll, wie in Österreich elektronische Wahlen als Teil einer e-Democracy verwirklicht werden könnten. Siehe Interview mit *Mag. Robert Stein* vom 25. April 2004 auf <http://www.monitor.tv.at/monitortv/website/evoting/evotingwu.asp>, abgerufen am 10. 5. 2004.